DEUTSCHLAND

ANNÄHERUNGSVERSUCHE. Das Auswärtige Amt propagiert eine juristische Konstruktion, die es der Bundesrepublik gestatten würde, Beziehungen mit der DDR-Regierung aufzunehmen. In einer Broschüre mit dem Titel „Gibt es zwei deutsche Staaten?" entwickelt der Bonner Staats- und Völkerrechtler Professor Fritz Münch eine „Lehre von der Teilbesetzung". Laut der Außenamts-Publikation könnte die Bundesrepublik als einzig rechtmäßiger deutscher Staat „durchaus Beziehungen mit der Zentralverwaltung im (sowjetisch) besetzten Gebiet entstehen lassen, ohne die Rechtslage im mindesten anzutasten, solange klar bleibt, daß die DDR nichts anderes ist als die örtliche Verwaltung eines fremdbesetzten deutschen Gebietes. Die Bundesrepublik selbst hätte die weiteste Würdigungs- und Bewegungsfreiheit für ihre Beziehungen zu ihrem besetzten Gebiet. Die Maxime ihres Handelns bräuchte nur der größte Vorteil jenes Gebietes und seiner Bewohner zu sein".

STUDIEN-AUFTRAG. Der Bundesfinanzminister erwägt Abstriche an den Zuschüssen, die jährlich von der Bundesrepublik an die alliierten Waffenbrüder gezahlt werden. Dahlgrün hat den ehemaligen Ministerialdirektor Joachim von Spindler, der zuletzt als Finanzberater der türkischen Regierung tätig war, mit einer Studie beauftragt, die dem Minister einen Überblick über die offenen und über teilweise versteckte Zahlungen des Bundes für den Unterhalt der alliierten Streitkräfte geben und Möglichkeiten zum Abbau der Finanzhilfe aufzeigen soll.

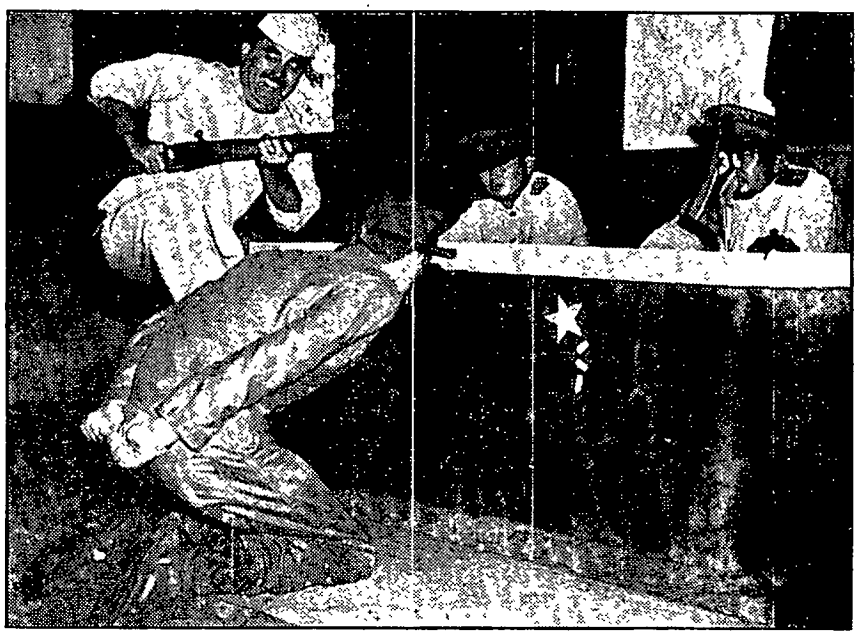
SPD-BRAINTRUST. Nach amerikanischem Vorbild baut SPD-Kanzlerkandidat Brandt einen „Braintrust" auf, in dem namhafte Wissenschaftler aus der Bundesrepublik mitarbeiten sollen. In Berlin wurde zunächst ein „Gesprächskreis Politik und Wissenschaft" gebildet, durch den Brandt den Kontakt zu den Wissenschaftlern herstellen lassen will. Über 50 Fachgelehrte haben der SPD ihre Mitarbeit bereits zugesagt. Die Prominentesten der Professorenrunde: Alexander Mitscherlich, Professor für Psychosomatische Medizin in Heidelberg, Alfred Marchionini, Professor für Dermatologie in München, Ludwig Raiser, Professor für Handels- und Wirtschaftsrecht in Tübingen, Rudolf Hillebrecht, Professor für Städteplanung in Hannover, Richard Löwenthal, Professor für Politische Wissenschaften in Berlin, Jürgen Habermas, Professor für Philosophie in Heidelberg, und Gerhard Leibholz, Professor für Allgemeine Staatslehre in Göttingen.

HASSEL-PROTEST. In einem Brief an den Intendanten des Westdeutschen Rundfunks hat Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel gegen eine WDR-Frauenfunk-Sendung über die Bundeswehr protestiert. In der ersten Folge der Sendereihe „Unser Sohn wird Soldat" hatte die Kriegerwitwe und Mitarbeiterin der regierungsfreundlichen „Kölnischen Rundschau", Magda Gatter, von deren fünf Söhnen gegenwärtig drei bei der Bundeswehr dienen, gegen den schlechten Einfluß der Kasernenhof-Pädagogik auf die Wehrpflichtigen gezürnt: „... all das Gerede von der Ordnung und Disziplin und Manneszucht, die man beim Militär lernt, ist dummes Zeug, denn dahinter steht das Tötenlernen ... Kollektivstrafen sind zwar verboten, aber dafür nennt man sie jetzt ‚erzieherische Maßnahmen'" Hassel an WDR-Chef Klaus von Bismarck: „Die Sendung hatte erschreckende Ähnlichkeit mit der sowjetischen Zersetzungspropaganda." Bismarck versicherte in seinem Antwortschreiben dem Verteidigungsminister, „daß in meinem Hause eine Disqualifizierung der Bundeswehr nicht zugelassen würde. Die Sendung ist der erste Teil einer Reihe, die sich mit hausbackenen und völlig unverfänglichen Fragen der Bundeswehr (Versicherung, Renten usw.) beschäftigt".

DDR - WAFFEN. Westdeutschlands Waffenfabrikanten haben das Bundeswirtschaftsministerium gebeten, den Import von Jagdwaffen aus der Zone zu stoppen. DDR-Gewehre, die im Rahmen des Interzonenhandels nach Westdeutschland eingeführt werden, sind oft billiger als vergleichbare westdeutsche Waffen. Drillingsgewehre aus Thüringen kosten zum Beispiel 1290 Mark, westdeutsche Drillinge 1390 Mark. Im vorigen Jahr setzten die ostdeutschen Fabrikanten Waffen im Werte von zwei Millionen Mark in der Bundesrepublik ab (Gesamtumsatz der westdeutschen Jagdwaffenindustrie 1962: neun Millionen Mark).

1000-MARK-SCHEINE. Vom Februar nächsten Jahres an werden die seit langem geplanten Tausendmark-Scheine von der Bundesbank in Umlauf gebracht. Die Geldscheine (18 mal neun Zentimeter groß) zeigen auf der Vorderseite ein Gemälde von Lucas Cranach dem Älteren, auf der Rückseite den Dom zu Limburg. Im Frühjahr nächsten Jahres will die Bundesbank auch 500-Mark-Scheine herausbringen.

ZITAT. „Ich war vor kurzem, wie Sie sich erinnern werden, in München auf einer Versammlung an einem Samstagvormittag. Es war im Deutschen Museum. Eine imposante Versammlung, imposant nicht nur der Zahl der Teilnehmer nach, sondern auch der Persönlichkeiten, die da waren. Und so etwas, glaube ich, kann man nur in Bayern zusammenbringen ... ein schlagender und sicht-



Amerikanische Asiaten

stellen in einem Trainingscamp der US-Armee auf Hawaii, in dem Soldaten auf Foltermethoden nach einer eventuellen Gefangennahme in fernöstlichen Dschungelkriegen vorbereitet werden, rotchinesische Offiziere dar, die den GIs das Horror-Milieu kommunistischer Verhöre suggerieren sollen. Das tägliche Vier-einhalb-Stunden-Training umfaßt körperliche Mißhandlungen bei Vernehmungen, Aufenthalt in mit Tränengas gefüllten Zellen und langatmige KP-Tiraden, die sich die Scheinhäftlinge stehend und mit erhobenen Händen anhören müssen.

barer Beweis dafür, daß in Bayern wirklich von alters her ein Staatsgefühl ist ... ich kann zum Beispiel mit dem besten Willen nicht bei Nordrhein-Westfalen von einem Staatsgefühl sprechen." (CDU-Bundestagsabgeordneter Konrad Adenauer in einem Interview mit dem Bayrischen Rundfunk.)

AUSLAND

FRIEDENSPLAN. Charles de Gaulle will in der ehemaligen französischen Kolonie Vietnam Frieden stiften. Der General, der weder an einen Sieg der von den Vereinigten Staaten unterstützten Südvietnamesen noch an den Erfolg der durch Rotchina ausgehaltenen Truppen Nordvietnams glaubt, will die in den Dschungelkrieg verstrickten Machte zu einer Konferenz bewegen, auf der über ein wiedervereinigtes und neutralistisches Vietnam verhandelt werden soll. De Gaulle hat bereits Fühlung mit Peking aufgenommen — was weltweite Spekulationen über eine (nicht beabsichtigte) diplomatische Anerkennung Rotchinas durch Frankreich auslöste.

RASSENPOLITIK. Mit Hilfe eines Verfahrenstricks will die Kennedy-Regierung durchsetzen, daß der US-Senat das neue, zugunsten der Negerbevölkerung geänderte Bürgerrecht (Civil Rights) billigt. Nach dem Willen des Kabinetts sollen die Senatoren zunächst über die Civil Rights abstimmen und erst dann den Fünf-Milliarden-Dollar-Etat der US-Weltraumbehörde (Nasa) verabschieden, aus dem die geplanten Mondraketenbasen in den Südstaaten Florida, Louisiana und Texas finanziert werden sollen. Falls die Süd-Senatoren gegen das Bürgerrecht votieren, will die Regierung unter den rassentoleranten Senatsmitgliedern der Nordstaaten eine Stimmenmehrheit gegen die Nasa-Investitionen mobilisieren.

ÖLKRIEG. Mit Hilfe eines Propagandatricks versucht der staatliche italienische Ölkonzern „Eni", die internationale Konkurrenz aus dem Afrika-Geschäft auszubooten. Die Italiener, deren Tankstellenorganisation „Agip" bereits von zwanzig afrikanischen Staaten Verkaufslizenzen bekommen hat, verteufeln ihren farbigen Verhandlungspartnern gegenüber die amerikanischen, britischen und belgischen Mitbewerber als Strohmänner „der Kolonialisten". Den größten Erfolg erzielten die Eni-Emissäre mit ihrer Anti-Kolonial-Kampagne im Kongo: Sie erhielten das Monopol, Öl zu raffinieren und zu verkaufen. Der US-Botschafter in Elisabethville hat Kongo-Premier Adoula bereits eine Kürzung der Entwicklungshilfe angedroht, falls nicht der Eni-Vertrag rückgängig gemacht und auch den amerikanischen Gesellschaften Esso, Texaco und Mobil der Öl-Markt geöffnet wird.



By Appointment
To Her Majesty Queen Elizabeth II
Scotch Whisky Distillers
Wm. Sanderson & Son, Ltd.
Leith, Scotland

ALLEINIMPORT: **EPIKUR** GMBH · KOBLENZ AM RHEIN